



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 26.07.2016

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Am Dienstag vergangener Woche wurden 3.200 Geflüchtete im Mittelmeer gerettet, staatliche und nichtstaatliche Rettungskräfte konnten 22 Menschen nur noch tot bergen. Am Donnerstag wurden 17 weitere Leichen entdeckt, 1.128 Menschen überlebten an diesem Tag die Überfahrt der Straße von Sizilien.  
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-07/fluechtlinge-mittelmeer-leichen-italien-eu>  
(21.07.16)
- Ungarn schiebt Geflüchtete ohne Verfahren direkt an der Grenze zu Serbien wieder ab, es häufen sich Berichte von misshandelten Geflüchteten, ungarische Beamt\*innen sollen dafür verantwortlich sein. Im Weiteren findet Anfang Oktober ein Referendum über die Aufnahme von Geflüchteten statt, bei der jetzt gestarteten Kampagne der Regierung wird das Thema Flucht und Migration direkt mit Terror und sexistischer Gewalt verknüpft.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/ungarn-wer-hat-angst-vor-dem-fremden-mann-1.3088398>  
(22.07.16)
- Nach dem Putschversuch in der Türkei und dem darauffolgenden, harten Kurs des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gegenüber tatsächlichen und vermeintlichen Oppositionellen ist mit Asylanträgen aus dem Land zu rechnen. ProAsyl erwartet, dass vor allem Wissenschaftler\*innen und Intellektuelle fliehen werden. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer stellt diesen Menschen Asyl in Aussicht.  
<http://www.taz.de/!5327443/> (22.07.16)

#### *Bund, Land, Kommune*

- Die von jeweils einem Geflüchteten ausgeführten Anschläge in Würzburg und Ansbach nutzt der bayerische Innenminister Joachim Hermann, um unter anderem eine Obergrenze für ankommende Geflüchtete, die sofortige Feststellung der Identität Fliehender an den Grenzen, den Bundeswehreininsatz im Inneren sowie die schnellere Abschiebung von straffällig gewordenen Asylsuchenden zu fordern. Bei Letzterem möchte Hermann auch in Krisengebiete abschieben. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer gibt bekannt, in der Asylpolitik nicht mehr „nur um des Friedens Willens“ mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verhandeln. Auch Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, verknüpft das Thema Flucht und Migration mit Terror. Aus der Partei werden

Rücktrittsforderungen laut.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière ruft dazu auf, Geflüchtete nicht unter Generalverdacht zu stellen, weitere Mitglieder der Bundesregierung schließen sich dem an. Bundeskanzlerin Angela Merkel will am Donnerstag eine Pressekonferenz geben.

In Würzburg wie Ansbach konnte laut Ermittlungen der Polizei wohl eine islamistische Motivation festgestellt werden. Zu den Ereignissen in München und Reutlingen: es ist nicht sicher, wie die Tat in München einzuordnen ist, laut *SPON* orientierte sich der Attentäter an Anders Breivik. In Reutlingen handelte es sich nach Information desselben Mediums wohl um eine Beziehungstat. *SPON* betont, dass in jedem einzelnen Fall die Motivation variiert.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/herrmann-bekraeftigt-nach-wuerzburg-begrenzung-der-fluechtlinge-14348494.html> (19.07.16)

<http://www.tagesspiegel.de/politik/thomas-de-maiziere-zu-wuerzburg-nicht-alle-fluechtlinge-unter-generalverdacht-stellen/13906028.html> (21.07.16)

Überblick zu den CSU-Forderungen von *SPON*: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-stellt-forderungen-zur-sicherheitspolitik-vor-a-1104813.html>

Überblick über die verschiedenen Attacken bei *SPON*:

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ansbach-reutlingen-wuerzburg-muenchen-fluechtlingsdebatte-nach-gewaltserie-a-1104638.html> (26.07.16)

<http://www.zeit.de/politik/2016-07/sahra-wagenknecht-die-linke-fluechtlinge> (26.07.16)

- Rom\*nja, die den Regensburger Dom besetzten und nun im Pfarrheim des Bistums untergebracht sind, kündigten einen Hungerstreik an um gegen ihre drohende Abschiebung zu protestieren, Kinder ausgenommen. Das Bistum Regensburg hat kein Kirchenasyl ausgesprochen sondern duldet die Geflüchteten lediglich. Die Polizei bewacht das Pfarrheim von außen. Ihr Abzug ist neben einem dauerhaften Bleiberecht eine Forderung der Geflüchteten.  
<http://www.br.de/nachrichten/oberpfalz/inhalt/raeumung-pfarrheim-regensburg-fluechtlinge-dom-100.html> (24.07.16)
- Sachsen schiebt von allen Bundesländern die meisten Geflüchteten ab. Der Innenminister des Landes, Markus Ulbig, nennt das „konsequent“ und bedauert, dass Algerien, Marokko und Tunesien immer noch keine „sicheren Herkunftsstaaten“ sind. Außerdem plant Ulbig, Menschen, die kurz vor der Abschiebung stehen, ihrer Freiheit zu berauben. Bei Ulbig heißt das dann „Ausreisegewahrsam“. Am Donnerstag gab er dann bekannt, dass er den Bau eines „Abschiebegefängnisses“ in Dresden plant.  
Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden 2245 Menschen aus Sachsen abgeschoben.  
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article157175946/Sachsen-schiebt-die-meisten-Asylbewerber-ab.html> (20.07.16)  
<http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-bei-Abschiebungen-ganz-vorn-viele-Fluechtlinge-tauchen-unter> (21.07.16)  
<http://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-plant-ein-abschiebe-gefaengnis-3448511.html> (21.07.16)
- In Herrnhut in Sachsen wurde einer Familie aus dem Irak Kirchenasyl gewährt. Laut Dublin-Verträgen ist die Tschechische Republik zuständig, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat deswegen ihren in Deutschland gestellten Asylantrag abgelehnt, die Verantwortung für die Schutzsuchenden wird durch Dublin zerstreut. Tschechien hat angekündigt, die Familie weiter in den Irak abschieben zu wollen.  
<http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Fluechtlingen-in-Kirchenasyl-droht-Abschiebung-in-den-Irak-artikel9585387.php> (25.07.16)
- Der *MDR Sachsen Spiegel* berichtet, dass einer geflohenen Familie aus Dresden ihr Kind entwendet worden ist. Das Jugendamt vollführte die Familientrennung in den Räumen des Dresdner Sozialamts auf Grund von Vorwürfen, der Vater habe sein Kind für 20€ verkaufen wollen. Das Gerücht, auf welchem staatliches Handeln hier basierte, bestätigte sich jedoch nicht.  
[http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/a-z/sendung672522\\_ipgctx-false\\_zc-ba8902b5\\_zs-](http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/a-z/sendung672522_ipgctx-false_zc-ba8902b5_zs-)

[73445a6d.html](#) (Video, 25.07.16)

## Hintergrund und Meinung

- Der Philosoph Franco Berardi vertritt im *SZ*-Interview die These, dass die Unterscheidung zwischen Amok und Terror heute kaum mehr aufrechtzuerhalten sei. Die jüngsten Anschläge ließen keine bewusst gewählte, politische Strategie erkennen wie es noch bei der RAF der Fall gewesen sei. Viel mehr müsse sich mit der psychopathologischen Seite der Täter auseinandergesetzt werden um solche Verbrechen zu verhindern.  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/attentat-in-wuerzburg-die-unterscheidung-zwischen-amok-und-terror-spielt-keine-rolle-mehr-1.3085849> (21.07.16)  
Eine Analyse zur selben Frage nach dem Unterschied zwischen Amok und Terror von Markus C. Schulte Drach, ebenso in der *SZ*: <http://www.sueddeutsche.de/politik/psychologie-was-einen-terroranschlag-von-einem-amoklauf-unterscheidet-1.3085290> (25.07.16)
- Nadine Oberhuber berichtet in der *Zeit*, wie schwer Behörden, allen voran die Ausländerbehörden der Landratsämter, den Arbeitsmarktzugang Geflüchteter gestalten. Kritik kommt unter anderem von den Industrie- und Handelskammern. Der unsichere Aufenthaltsstatus vieler Asylsuchender bis hin zur drohenden Abschiebung trotz Arbeitsvertrages führe dazu, dass Unternehmen kaum kalkulieren können. Dennoch beschäftigen wohl neun Prozent aller Betriebe bereits Geflüchtete, zehn weitere Prozent planen dies in naher Zukunft zu tun. Gerade die Dublin-Verträge wirken beim Arbeitsmarktzugang hinderlich, hier hätten die Ausländerbehörden auch einen Ermessensspielraum, den sie aber nicht nutzen würden. Erschwerend hinzu kommen hohe bürokratische Hürden bei der Einstellung Geflüchteter sowie die Residenzpflicht.  
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-07/fluechtlinge-arbeitsmarkt-arbeit-unternehmen-buerokratie-behoerden> (25.07.16)

## In eigener Sache - SFR/ RLCL als Akteur\*in

- Am Montag dem 18.07. veröffentlicht der SFR einen offenen Brief, verfasst von in Rossau bei Mittweida untergebrachten Geflüchteten. Die Menschen kritisieren ihre Unterbringung in einer Fabrikhalle. Es mangelt an Kühlmöglichkeiten für Lebensmittel, der Sanitärtrakt wird nur sporadisch gereinigt, es gibt nicht genügend Schlafgelegenheiten. Weitere Vorgaben der entsprechenden Verwaltungsvorschrift des Staatsministeriums des Inneren werden nicht eingehalten. Dies verknüpft der SFR am folgenden Dienstag in einer Pressemitteilung mit den Forderungen nach verbindlichen Vorgaben für Gemeinschaftsunterkünfte (eine Verwaltungsvorschrift hat nur empfehlenden Charakter) und vor allem mit der Umsetzung des Konzepts der dezentralen Unterbringung.  
Am Abend desselben Tages erteilt der Landrat Mittelsachsens, Matthias Damm, dem SFR Hausverbot in der Unterkunft in Rossau.  
Am Donnerstag dem 21.07. lädt das Landratsamt Journalist\*innen zur Besichtigung nach Rossau ein. Überraschenderweise finden die Anwesenden eine Vielzahl der Kritikpunkte als bereits ausgeräumt vor.  
Die Forderung des SFR, die Ergebnisse der Überprüfung des Landratsamts hinsichtlich Aufenthaltsdauer und Anschlussunterbringung der in Rossau untergebrachten Geflüchteten der Öffentlichkeit transparent darzulegen, wird nicht berichtet, das Landratsamt reagiert darauf nicht.  
Die Abgeordneten im Sächsischen Landtag, Juliane Nagel und Jana Pinka von der Linken, betonen, der SFR habe seinen Job gemacht und fordern ebenso, Geflüchtete in Wohnungen anstelle von Massenunterkünften unterzubringen.  
Ein ausführlicher Artikel der *Sächsischen Zeitung* <http://www.sz-online.de/nachrichten/vom-feldbett-auf-den-boden-3450256.html> (23.07.16) sowie eine am Montag erschiene, gekürzte Version des Artikels: <http://www.sz-online.de/sachsen/vom-feldbett-auf-den-boden-3451030.html>  
Die Meldung des Hausverbots in der *Freien Presse*:

<http://www.freiepresse.de/LOKALES/MITTELSACHSEN/MITTWEIDA/Asyl-Unterkunft-Rossau-Landrat-erteilt-Saechsischem-Fluechtlingsrat-Zutrittsverbot-artikel9581633.php> (20.07.16)  
Zur Positionierung Juliane Nagels im *MDR*: [http://www.mdr.de/sachsenspiegel/neue-kritik-an-unterbringung-in-rossau-100\\_zc-61a459d2\\_zs-4ccc2d21.html](http://www.mdr.de/sachsenspiegel/neue-kritik-an-unterbringung-in-rossau-100_zc-61a459d2_zs-4ccc2d21.html) (24.07.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 **UNO-Flüchtlingshilfe**